



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Bundesministerium
für Arbeit und Soziales

Chef des Bundeskanzleramtes

Anja Karliczek MdB
Bundesministerin

nachrichtlich:

HAUSANSCHRIFT Kapelle-Ufer 1
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

Bundesministerinnen und Bundesminister

Peter Altmaier MdB
Bundesminister

Chef des Bundespräsidialamtes

Präsident des Bundesrechnungshofes

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34 - 37, 10115 Berlin
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

Chef des Presse- und Informationsamtes
der Bundesregierung

Hubertus Heil MdB
Bundesminister

Beauftragte der Bundesregierung für Kultur
und Medien

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 10117 Berlin

Berlin, den 22. Juni 2020

Kabinettsache
Datenblatt Nr.: 19/30033

Entwurf der Eckpunkte für ein Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“

Anlagen: - 3 -

Anliegenden Entwurf der Eckpunkte für ein Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ (Anlage 3) mit Beschlussvorschlag (Anlage 1) und Sprechzettel für den Regierungssprecher (Anlage 2) übersenden wir mit der Bitte, die Zustimmung des Bundeskabinetts im Rahmen eines ordentlichen Tagesordnungspunkts (mit Aussprache) in der Kabinettsitzung am 24. Juni 2020 herbeizuführen.

Ein zentraler Punkt bei der Bewältigung der Folgen der Corona-Krise ist es, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Ausbildungstätigkeit der Ausbildungsbetriebe und ausbildenden Einrichtungen in den Gesundheits- und Sozialberufen möglichst wenig in Mitleidenschaft gezogen wird. Es geht hierbei zum einen um die Sicherung des Fachkräftenachwuchses in Deutschland, ebenso aber auch darum, jungen Menschen zu helfen,

ihre Ausbildung aufzunehmen und erfolgreich abzuschließen, auch wenn ihr Ausbildungsbetrieb wegen der Folgen der Corona-Pandemie in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät.

Der Koalitionsausschuss hat sich in seinem Beschluss vom 3. Juni 2020 „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ auf Maßnahmen verständigt, die Wirtschaft und Auszubildenden helfen sollen, diese Herausforderungen zu bewältigen. Er konnte dabei ganz wesentlich auf die Arbeit der Allianz für Aus- und Weiterbildung 2019-2021 zurückgreifen, die in ihrer Gemeinsamen Erklärung vom 26. Mai 2020 Wege aufgezeigt hat, wie die Auswirkungen der Corona-Krise auf die duale Ausbildung abgefedert werden können und auch in den kommenden Jahren das Ausbildungsplatzangebot stabil gehalten werden kann.

Der Beschluss des Koalitionsausschusses sieht fünf Unterstützungsmaßnahmen zur Sicherung der betrieblichen Ausbildung vor:

1. Eine Ausbildungsprämie für KMU, die ihr Ausbildungsangebot 2020 im Vergleich zu den drei Vorjahren nicht verringern;
2. Eine Ausbildungsprämie für KMU, die ihr Ausbildungsplatzangebot sogar erhöhen;
3. Eine Förderung für KMU, die ihre Ausbildungsaktivität trotz Corona-Belastungen fortsetzen und Ausbilder sowie Auszubildende nicht in Kurzarbeit bringen;
4. Eine geförderte betriebliche Verbund- oder Auftragsausbildung, wenn die Ausbildung im Betrieb nicht fortgesetzt werden kann, für KMU, die Auszubildende im eigenen Betrieb vorübergehend weiter ausbilden;
5. Eine Übernahmeprämie für Betriebe, die zusätzliche Auszubildende übernehmen, die wegen Insolvenz ihres Ausbildungsbetriebs die Ausbildung nicht fortsetzen können.

Vorgesehen sind insbesondere Prämien für den Erhalt des Ausbildungsniveaus in Höhe von 2.000 Euro für jeden für das Ausbildungsjahr 2020/2021 abgeschlossenen Ausbildungsvertrag. Bei Erhöhung des Ausbildungsplatzangebots beträgt die Prämie 3.000 Euro für jeden gegenüber dem früheren Ausbildungsniveau zusätzlich abgeschlossenen Ausbildungsvertrag. KMU, die ihre Ausbildungsaktivitäten trotz Corona-Belastungen fortsetzen, erhalten eine Förderung von 75 Prozent der Brutto-Ausbildungsvergütung für jeden Monat, in dem der Betrieb einen Arbeitsausfall von mindestens 50 Prozent hat.

Für die Übernahme einer Auftrags- oder Verbundausbildung werden KMU, Überbetriebliche Berufsbildungsstätten (ÜBS) oder andere etablierte Ausbildungsdienstleister, die Auszubildende zeitweise ausbilden, gefördert; gemäß der Vorgabe der Ziffer 30 des Beschlusses des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 sollen die Details der Durchführung einer solchen Verbund- oder Auftragsausbildung im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung erörtert werden.

KMU, die Auszubildende aus pandemiebedingt insolventen KMU übernehmen, erhalten eine Prämie in Höhe von 3.000 Euro pro aufgenommenen Auszubildenden.

Für die Förderung kommen KMU in Betracht, die eine Berufsausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen oder in den bundes- und landesrechtlich geregelten praxisintegrierten Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialwesen durchführen. Praktika sind ausgeschlossen. Es wird nur eine Prämie pro Ausbildung gezahlt.

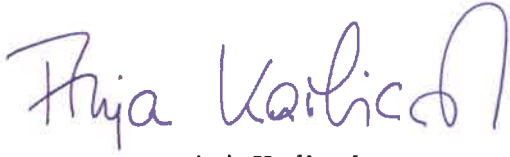
Die Durchführung des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“ wird zu Mehrkosten in Höhe von bis zu 500 Mio. Euro führen, verteilt über die Jahre 2020 und 2021. Die Mittel werden im Rahmen des zweiten Nachtragshaushalts 2020 berücksichtigt; hierzu wird der Einzelplan 30 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung entsprechend erhöht.

Die Durchführung der Förderungen erfolgt durch die Bundesagentur für Arbeit, mit Ausnahme der Förderung der Auftrags- und Verbundausbildung. Hinsichtlich dieser Maßnahme sollen entsprechend der Vorgabe der Ziffer 30 des Beschlusses des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 die Details der Durchführung im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung erörtert werden.

Nach Beschlussfassung des Bundeskabinetts über die Eckpunkte werden zügig die Förderrichtlinien mit näheren Einzelheiten und Antragserfordernissen erarbeitet.

Die Ressorts haben zugestimmt und keine Einwände erhoben. Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration wurden beteiligt.


Vier Abdrucke dieses Schreibens mit Anlagen sind beigelegt.

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Anja Karliczek'.

Anja Karliczek

A highly stylized and abstract handwritten signature in blue ink.

Peter Altmaier

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Hubertus Heil'.

Hubertus Heil

Anlage 1
zur Kabinettsvorlage des BMBF, des BMWi und des BMAS
Datenblatt-Nr.: 19/30033

Beschlussvorschlag

Die Bundesregierung beschließt die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, dem Bundesminister für Wirtschaft und Energie und dem Bundesminister für Arbeit und Soziales gemeinsam vorgelegten Eckpunkte für ein Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“.

Sprechzettel für den Regierungssprecher

Das Kabinett hat heute die von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, dem Bundesminister für Wirtschaft und Energie und dem Bundesminister für Arbeit und Soziales gemeinsam vorgelegten Eckpunkte für ein Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ beschlossen.

Mit diesen Eckpunkten setzt die Bundesregierung ein wichtiges Element des Beschlusses des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ um. Ziel ist, zu verhindern, dass die COVID-19-Pandemie zu einer Krise für die berufliche Zukunft junger Menschen und für den Fachkräftenachwuchs wird. Der Koalitionsausschuss konnte dabei ganz wesentlich auf die Arbeit der Allianz für Aus- und Weiterbildung 2019-2021 zurückgreifen, die in ihrer Gemeinsamen Erklärung vom 26. Mai 2020 Wege aufgezeigt hat, wie die Auswirkungen der Corona-Krise auf die duale Ausbildung abgefedert werden können und auch in den kommenden Jahren das Ausbildungsplatzangebot stabil gehalten werden kann. Die Auszubildenden von heute sind die Fachkräfte von morgen. Deshalb sollen möglichst alle jungen Menschen eine Ausbildung beginnen und erfolgreich abschließen.

Mit dem Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ unterstützt die Bundesregierung Ausbildungsbetriebe und ausbildende Einrichtungen in den Gesundheits- und Sozialberufen und Auszubildende in der aktuell schwierigen Situation im Umfang von bis zu 500 Mio. Euro, verteilt über die Jahre 2020 und 2021.

Vorgesehen sind hiernach insbesondere Prämien an von der Corona-Krise besonders betroffene KMU für den Erhalt des Ausbildungsniveaus in Höhe von 2.000 Euro für jeden für das Ausbildungsjahr 2020/2021 abgeschlossenen Ausbildungsvertrag. Bei Erhöhung des Ausbildungsplatzangebots beträgt die Prämie 3.000 Euro für jeden gegenüber dem früheren Ausbildungsniveau zusätzlich abgeschlossenen Ausbildungsvertrag. KMU, die ihre Ausbildungsaktivitäten trotz Corona-Belastungen fortsetzen, erhalten eine Förderung von 75 Prozent der Brutto-Ausbildungsvergütung für jeden Monat, in dem der Betrieb einen Arbeitsausfall von mindestens 50 Prozent hat. Für die Übernahme einer Auftrags- oder Verbundausbildung werden KMU, Überbetriebliche

Berufsbildungsstätten (ÜBS) oder andere etablierte Ausbildungsdienstleister, die Auszubildende zeitweise ausbilden, gefördert; gemäß der Vorgabe der Ziffer 30 des Beschlusses des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 sollen die Details der Durchführung einer solchen Verbund- oder Auftragsausbildung im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung erörtert werden.

KMU, die Auszubildende aus pandemiebedingt insolventen KMU übernehmen, erhalten eine Prämie in Höhe von 3.000 Euro pro aufgenommenen Auszubildenden.

Für die Förderung kommen KMU in Betracht, die eine Berufsausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen oder in den bundes- und landesrechtlich geregelten praxisintegrierten Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialwesen durchführen. Praktika sind ausgeschlossen. Es wird nur eine Prämie pro Ausbildung gezahlt.

Die Förderrichtlinien mit den näheren Einzelheiten und Antragserfordernissen werden jetzt zügig erarbeitet.

Die Durchführung der Förderungen erfolgt durch die Bundesagentur für Arbeit, mit Ausnahme der Förderung der Auftrags- und Verbundausbildung. Hinsichtlich dieser Maßnahme sollen entsprechend der Vorgabe der Ziffer 30 des Beschlusses des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 die Details der Durchführung im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung erörtert werden.

Eckpunkte für ein Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“

Junge Menschen in der Ausbildung sind durch die COVID-19-bedingten Schließungen von Berufsschulen, Unterbrechungen von Ausbildungen, Kurzarbeit in Ausbildungsbetrieben sowie einer zu erwartenden geringeren Zahl von Neueinstellungen und einer ansteigenden Zahl von Entlassungen in besonderem Maße betroffen. Inzwischen sind zwar viele Beschränkungen wieder gelockert, aber bei zahlreichen Ausbildungsbetrieben und ausbildenden Einrichtungen ist der Geschäftsbetrieb aufgrund der Corona-Krise immer noch ganz oder teilweise eingeschränkt. Bestehende Restriktionen, die weltweite wirtschaftliche Unsicherheit und individuelle Zukunftsängste bedrohen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe.

Wir müssen verhindern, dass die COVID-19-Krise zu einer Krise für die berufliche Zukunft junger Menschen und der Fachkräftesicherung wird. Denn die Auszubildenden von heute sind unsere Fachkräfte von morgen. Deshalb sollen möglichst alle jungen Menschen eine Ausbildung beginnen und auch erfolgreich abschließen können. Um jungen Menschen eine verlässliche Zukunftsperspektive zu geben und das zukünftige Vorhandensein qualifizierter Fachkräfte für den Wirtschaftsstandort Deutschland sicherzustellen, brauchen wir gezielte Maßnahmen, um Ausbildungsplätze auch in der Krise zu schützen und das Ausbildungsniveau der Ausbildungsbetriebe und ausbildenden Einrichtungen in Deutschland aufrecht zu erhalten.

Mit einem Bundesprogramm „Ausbildungsplätze sichern“ wollen wir Ausbildungsbetriebe und ausbildende Einrichtungen in den Gesundheits- und Sozialberufen in der aktuell wirtschaftlich schwierigen Situation unterstützen und sie dazu motivieren, ihr Ausbildungsplatzangebot aufrecht zu erhalten und jungen Menschen die Fortführung und den erfolgreichen Abschluss ihrer Ausbildung zu ermöglichen. Im Einzelnen sollen Ausbildungskapazitäten erhalten (1 und 2), Kurzarbeit für Auszubildende vermieden (3), die Auftrags- und Verbundausbildung gefördert (4) und Anreize zur Übernahme im Falle einer Insolvenz geschaffen (5) werden.

Mit diesem Programm setzen wir die Ziffer 30 des Beschlusses des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 „Corona-Folgen bekämpfen, Wohlstand sichern, Zukunftsfähigkeit stärken“ um.

Eckpunkte des Programms:**(1) Ausbildungsprämie bei Erhalt des Ausbildungsniveaus**

Ziel der Förderung ist es, Ausbildungsbetriebe und ausbildende Einrichtungen im Sinne von Ziffer 6 Abs. 2 dazu zu motivieren, ihr Ausbildungsniveau im Vergleich zu den Vorjahren aufrecht zu erhalten, um mittelfristig den Fachkräftebedarf in Deutschland decken zu können.

Antragsberechtigt sind kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), die durch die COVID-19-Krise in erheblichem Umfang betroffen sind. Davon ist auszugehen, wenn das Unternehmen in der ersten Hälfte des Jahres 2020 wenigstens einen Monat Kurzarbeit durchgeführt hat oder der Umsatz in den Monaten April und Mai 2020 um durchschnittlich mindestens 60 Prozent gegenüber April und Mai 2019 eingebrochen ist. Bei Unternehmen, die nach April 2019 gegründet worden sind, sind statt der Monate April und Mai 2019 die Monate November und Dezember 2019 zum Vergleich heranzuziehen.

Eine Förderung setzt voraus, dass das Unternehmen sein Ausbildungsniveau im Jahr 2020 im Vergleich zu den drei Vorjahren nicht verringert. Verglichen werden die Ausbildungsverträge, die für das Ausbildungsjahr 2020 abgeschlossen worden sind, mit dem Durchschnitt der über die letzten drei Jahre (2017-2019) abgeschlossenen Ausbildungsverträge.

Gefördert wird bei Vorliegen der Voraussetzungen durch einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 2.000 Euro für jeden für das Ausbildungsjahr 2020 abgeschlossenen Ausbildungsvertrag. Die Auszahlung erfolgt nach dem Ende der erfolgreich abgeschlossenen Probezeit.

(2) Ausbildungsprämie bei Erhöhung des Ausbildungsniveaus

Ziel der Förderung ist es, Ausbildungsbetriebe und ausbildende Einrichtungen im Sinne von Ziffer 6 Abs. 2 dazu zu motivieren, ihr Ausbildungsniveau im Vergleich zu den Vorjahren nicht nur aufrecht zu erhalten, sondern sogar zu erhöhen.

Antragsberechtigt sind KMU, die - wie in Maßnahme (1) beschrieben – durch die COVID-19-Krise in erheblichem Umfang betroffen sind.

Eine Förderung setzt voraus, dass das Unternehmen sein Ausbildungsniveau im Jahr 2020 im Vergleich zu den drei Vorjahren erhöht. Verglichen werden die Ausbildungsverträge, die für das Ausbildungsjahr 2020 abgeschlossen worden sind, mit dem Durchschnitt der über die letzten drei Jahre (2017-2019) abgeschlossenen Ausbildungsverträge.

Gefördert wird bei Vorliegen der Voraussetzungen - anstelle der Förderung über 2.000 Euro nach Maßnahme (1) – durch einen einmaligen Zuschuss in Höhe von 3.000 Euro für jeden über das frühere Ausbildungsniveau zusätzlich für das Ausbildungsjahr 2020 abgeschlossenen Ausbildungsvertrag. Die Auszahlung erfolgt auch in diesem Falle nach dem Ende der erfolgreich abgeschlossenen Probezeit.

(3) Förderung bei Vermeidung von Kurzarbeit während der Ausbildung

Ziel der Förderung ist es, Kurzarbeit bei Auszubildenden zu vermeiden, um den erfolgreichen Abschluss der begonnenen Ausbildung sicherzustellen.

Antragsberechtigt sind KMU, die ihre laufenden Ausbildungsaktivitäten trotz der Belastungen durch die COVID-19-Krise fortsetzen und Auszubildende sowie deren Ausbilder trotz erheblichem Arbeitsausfall nicht in Kurzarbeit bringen. Erforderlich ist ein Arbeitsausfall von mindestens 50 Prozent im gesamten Betrieb; anderenfalls wird davon ausgegangen, dass die Ausbildungsaktivitäten auch ohne Förderung wie üblich fortgesetzt werden können.

Die Förderung erfolgt in Höhe von 75 Prozent der Brutto-Ausbildungsvergütung für jeden Monat, in dem im Betrieb ein Arbeitsausfall von mindestens 50 Prozent zu verzeichnen ist.

Eine Förderung erfolgt frühestens ab Inkrafttreten der Förderrichtlinie. Sie ist befristet auf Zeiten bis zum 31. Dezember 2020.

(4) Förderung von Auftrags- und Verbundausbildung

Ziel der Förderung ist die Stimulierung der stärkeren Nutzung von Verbund- oder Auftragsausbildung im Ausbildungsjahr 2020/21 für Auszubildende in KMU, die ihre Ausbildung temporär nicht im eigenen Betrieb weiterführen können, weil der Betrieb vollständig oder zu wesentlichen Teilen pandemiebedingt von Schließungen oder erheblichen Auflagen, die eine Fortsetzung des Geschäftsbetriebs maßgeblich behindern,

betroffen ist. Die Verbund- oder Auftragsausbildung kann in anderen KMU, in Überbetrieblichen Berufsbildungsstätten (ÜBS) oder durch andere etablierte Ausbildungsdienstleister durchgeführt werden, wobei die betriebliche Ausbildung Vorrang hat.

Eine Einstellung oder maßgebliche Behinderung des Geschäftsbetriebs vollständig oder zu wesentlichen Teilen in Folge der Corona-Pandemie wird angenommen, wenn der Umsatz in den Monaten April und Mai 2020 um durchschnittlich mindestens 60 Prozent gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten zurückgegangen ist.

Antragsberechtigt sind

- KMU aus allen Wirtschaftsbereichen, die o. g. Auszubildende im Rahmen der Auftrags- oder Verbundausbildung für mindestens sechs Monate im eigenen Betrieb ausbilden und über die hierfür notwendige Ausbildungseignung verfügen, und
- ÜBS sowie andere etablierte Ausbildungsdienstleister, die o. g. Auszubildende im Rahmen der Auftrags- oder Verbundausbildung für mindestens sechs Monate ausbilden.

Gemäß der Vorgabe der Ziffer 30 des Beschlusses des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 sollen die Details der Durchführung einer solchen Verbund- oder Auftragsausbildung im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung erörtert werden.

Eine Förderung erfolgt frühestens ab Inkrafttreten der Förderrichtlinie. Sie ist befristet bis zum 30. Juni 2021.

(5) Übernahmeprämie

Ziel der Förderung ist die Sicherung der Weiterführung von Ausbildungsverhältnissen bei pandemiebedingter Insolvenz eines ausbildenden KMU.

Eine pandemiebedingte Insolvenz wird bei KMU angenommen, über die bis zum 31. Dezember 2020 das Insolvenzverfahrens eröffnet worden ist und die sich vor dem 31. Dezember 2019 gemäß EU-Definition nicht in wirtschaftlichen Schwierigkeiten befunden haben.

Antragsberechtigt sind KMU aus allen Wirtschaftsbereichen, die Auszubildende aus pandemiebedingt insolventen KMU bis zum 31. Dezember 2020 für die Dauer der restlichen Ausbildung übernehmen.

Die Förderung erfolgt bei Vorliegen der Voraussetzungen durch eine einmalige Übernahmeprämie in Höhe von 3.000 Euro pro aufgenommenem Auszubildenden an das aufnehmende KMU.

Eine Förderung erfolgt frühestens ab Inkrafttreten der Förderrichtlinie. Sie ist befristet auf Zeiten bis zum 30. Juni 2021.

(6) Für alle Förderlinien gilt einheitlich

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind solche mit bis zu 249 Beschäftigten. Als Beschäftigtenzahl wird die Zahl der Mitarbeiter in Vollzeitäquivalenten zum Stichtag 29. Februar 2020 zugrunde gelegt. Bei verbundenen Unternehmen werden die Beschäftigten der einzelnen Unternehmen zusammen berücksichtigt.

Für die Förderung kommen KMU in Betracht, die eine Berufsausbildung in anerkannten Ausbildungsberufen oder in den bundes- und landesrechtlich geregelten praxisintegrierten Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialwesen durchführen. Praktika sind ausgeschlossen. Es wird nur eine Prämie pro Ausbildung gezahlt.

Neben den Förderungen der Ziffern (1) bis (5) ist die Inanspruchnahme anderer Programme des Bundes oder der Länder mit gleicher Zielrichtung oder gleichem Inhalt nicht möglich. Das Unternehmen entscheidet, welche Förderung es in Anspruch nehmen will.

Eine kumulative Förderung im Rahmen der Maßnahmen (4) und (5) ist ausgeschlossen.

Programmvolumen und Umsetzung

Die Kosten für die Umsetzung des Programms werden auf 500 Mio. Euro begrenzt, und die hierfür vorgesehenen Ausgabemittel werden in Höhe von 150 Mio. Euro im Jahr 2020 und 350 Mio. Euro im Jahr 2021 zur Verfügung gestellt.

Die Ausbildungsprämien für die von der COVID-19-Krise betroffenen Ausbildungsbetriebe, die ihre Ausbildungskapazität beibehalten oder ausweiten (Maßnahmen (1)

und (2)), führen geschätzt zu Mehrausgaben von rund 280 Mio. Euro verteilt auf die Jahre 2020 und 2021. Die Förderung bei Vermeidung von Kurzarbeit während der Ausbildung (Maßnahme (3)) führt zu Mehrausgaben in Höhe von rund 50 Mio. Euro verteilt auf die Jahre 2020 und 2021. Die Förderung von Verbund- und Auftragsausbildung (Maßnahme (4)) führt zu Mehrausgaben in Höhe von rund 90 Mio. Euro, verteilt über die Jahre 2020 und 2021. Die einmalige Übernahmeprämie (Maßnahme (5)) führt zu Mehrausgaben in Höhe von rund 80 Mio. Euro, verteilt über die Jahre 2020 und 2021.

Maßnahme	Kosten in Mio. €
Ausbildungsprämie	280
Vermeidung von Kurzarbeit	50
Auftrags- und Verbundausbildung	90
Übernahmeprämie	80
	500

Es handelt sich um eine Schätzung, die mit großen Unsicherheiten behaftet ist, weil sie bei einem Teil der Maßnahmen vom weiteren Verlauf der COVID-19-Krise und ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft abhängt.

Die Mittel in Höhe von 500 Mio. Euro werden im Kapitel/Titel 3002 / 683 20 (Funkt. 153) – „Sicherung von Ausbildungen“ (neu) - veranschlagt.

Die Umsetzung des Programms soll hinsichtlich der Maßnahmen (1) bis (3) und (5) durch Verwaltungsvereinbarung der Bundesagentur für Arbeit übertragen werden. Die Verwaltungskosten werden der Bundesagentur für Arbeit erstattet. Anträge auf Förderung sind hinsichtlich der Maßnahmen (1) bis (3) und (5) bei der für das jeweilige Unternehmen örtlich zuständigen Agentur für Arbeit zu stellen.

Hinsichtlich der Maßnahme (4) sollen entsprechend der Vorgabe der Ziffer 30 des Beschlusses des Koalitionsausschusses vom 3. Juni 2020 die Details der Durchführung im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung noch erörtert werden.

